



Berlin, den 18.5.2020

Wachstum - Beschäftigung - Zusammenhalt

Konjunktur- und Investitionsprogramm von ver.di

Die Corona-Pandemie stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Bundes- und Landesregierungen haben Schutzschirme für Unternehmen gespannt, um die wirtschaftlichen Folgen des Shutdowns abzumildern. Jetzt sind zusätzliche Antworten notwendig, um Deutschland vor einer lang andauernden und schweren Wirtschaftskrise zu bewahren. Das heimische Sozialprodukt wird dieses Jahr sehr stark schrumpfen. Die Gewerkschaften haben bisher alles getan, um Entlassungen zu verhindern und Einkommen zu sichern. Insbesondere durch den Einsatz von Kurzarbeit und deren tarifpolitischer Begleitung konnte der Anstieg der Arbeitslosigkeit bislang zumindest begrenzt werden.

Jetzt ist es an der Zeit, dass die Politik sich noch stärker für Wachstum, Beschäftigung und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzt. Die Krise muss so schnell wie möglich überwunden werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die wirtschaftliche Erholung durch ein Konjunktur- und Investitionsprogramm zu beschleunigen. Dadurch werden zunächst Beschäftigung und Einkommen gesichert. Die konjunkturpolitischen Maßnahmen sollen dabei gleichzeitig die sozial-ökologische Transformation der heimischen Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen. Für uns bedeutet das konkret: Die Stärkung der Daseinsvorsorge, der sozialen Sicherungssysteme sowie der Tarifbindung und der Arbeitnehmerrechte. Daseinsvorsorge und Sozialstaat sollen ausgebaut sowie die CO₂-Emissionen so stark reduziert werden, dass wir im Jahr 2050 treibhausgasneutral leben können. Alle Maßnahmen, die Unternehmen helfen, sollten dazu beitragen, Tarifverträge und reguläre Beschäftigung zu stärken.

Bereits vor der Corona-Krise waren die Investitionsbedarfe in Deutschland offensichtlich. Die aktuellen Investitionsbedarfe sind so hoch, dass sie nur über einen längeren Zeitraum gedeckt werden können. Sonst stößt die Wirtschaft sehr schnell an Kapazitätsgrenzen. ver.di und viele andere gesellschaftliche Akteure haben deshalb ein auf zehn Jahre angelegtes Investitionsprogramm von jährlich 50 Milliarden Euro gefordert. An diesen Vorstellungen halten wir weiter fest. Aktuell ist aus unserer Sicht ein ergänzendes Konjunkturprogramm notwendig. Dieses soll mindestens drei Prozent des deutschen Sozialproduktes umfassen, also einen Betrag von mindestens 100 Milliarden Euro. Für die Jahre 2020 und 2021 sollte sich das Konjunktur- und Investitionsprogramm aus kaufkraftstärkenden Sofortmaßnahmen und Investitionen zusammensetzen.

1. Wirtschaft ankurbeln

1.1 Kaufkraft stärken

- **Konsumschecks**
Alle Bürgerinnen und Bürger ohne sowie mit geringen und mittleren Einkommen bekommen einen einmaligen Konsumscheck. Die Höhe des Schecks sollte zunächst 500 Euro betragen. Dieser Betrag sollte mit zunehmender Einkommenshöhe abgeschmolzen werden. Insbesondere der stationäre Einzelhandel, Freizeit und Tourismus, Gastronomie und Kultur sollen von diesem Konsumschub profitieren. Die Schecks sollten nach sechs Monaten verfallen.
- **Sonderkindergeldzahlung/Kinderbonus**
Eine zusätzliche Kindergeldzahlung in Höhe von 200 Euro an rund 15 Millionen Kindergeldberechtigte. Keine Anrechnung bei ALG II-Haushalten.

1.2 Mobilitätsprämie

- Mit einer Mobilitätsprämie soll in erster Linie der Kauf und die Finanzierung von ÖPNV-Ticket, Jobtickets, Zeitkarten und Bahngutscheinen gefördert werden sowie die Anschaffung von Fahrrädern, E-Bikes und Fahrzeugen mit geeigneten umweltschonenden Antrieben. Die Mobilitätsprämie soll die Höhe eines durchschnittlichen Jobtickets betragen.

1.3 Investieren attraktiver machen

- **Degressive AfA**
Befristete Verbesserung der Abschreibungsregelung für Anlagegüter, um kurzfristig private Investitionen anzuregen. Dadurch werden Anreize zur schnellen Planung und Umsetzung von Investitionen gesetzt.
- **Befristete Sonderabschreibungen**
Die Sonderabschreibungen könnten auf Bereiche und Anwendungen beschränkt werden, die für die sozial-ökologische Transformation von zentraler Bedeutung sind. Denkbar wären beispielweise Klimaschutzinvestitionen, energetische Modernisierung oder digitale Wirtschaftsgüter.

2. In die Zukunft investieren

- ***Rettungsschirm Kommunen***

Die Corona-Pandemie hat den Stellenwert einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge deutlich gemacht. Die öffentlichen Dienste halten das Land zusammen. Dieser Zusammenhalt ist gefährdet, wenn die Kommunen jetzt in eine finanzielle Schieflage geraten, weil ihnen krisenbedingt Steuereinnahmen wegbrechen und gleichzeitig die Ausgaben zum Beispiel für Wohngeld steigen. Allein die Steuerausfälle werden auf 40 bis zu 60 Milliarden Euro in 2020 prognostiziert. Rund zwei Drittel der Kämmerer planen schon jetzt Sparmaßnahmen und rund die Hälfte verschiebt Investitionen. Die Kommunen müssen jetzt unterstützt werden. ver.di fordert daher einen Rettungsschirm in Form eines Fonds von Bund und Ländern, der die zusätzlichen finanziellen Belastungen der Kommunen ausgleicht und die Kommunen in die Lage versetzt, die öffentliche Daseinsvorsorge nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern auch Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau zu tätigen.

Darüber hinaus fordern wir Bund und Länder auf, die krisenbedingten Einnahmeausfälle der kommunalen wie auch der privaten Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs auszugleichen und die Einrichtung eines diesbezüglichen Notfallprogramms.

- ***Gesundheitswesen/Altenpflege***

ver.di will, dass der Investitionsrückstand bei den Krankenhäusern abgebaut und Investitionen der Länder dauerhaft auf das notwendige Maß angehoben werden. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft beziffert den Investitionsrückstand auf 30 Milliarden Euro. Dies umfasst Investitionen in Medizintechnik, Digitalisierung und Gebäude. Erschwerend hinzu kommt, dass die Bundesländer ihrer Investitionsverpflichtung nur noch unzureichend nachgekommen sind. Ein Abbau dieses Investitionsstaus innerhalb der nächsten zehn Jahre würde zusätzliche jährliche Investitionen von sieben Milliarden Euro erfordern. Zudem sind Investitionen für die Altenpflegeeinrichtungen in Höhe von jährlich 4,5 Milliarden Euro zu übernehmen.

Für eine gute Versorgungsqualität im Gesundheitswesen ist eine bedarfsgerechte Personalausstattung entscheidend. In den Krankenhäusern fehlen für eine qualitativ hochwertige Patientenversorgung 80.000 Pflegekräfte. In der Altenpflege fehlen allein aufgrund der demografischen Entwicklung bis 2030 rund 130.000 Pflegekräfte.

- ***Verkehrswende***

ver.di will den öffentlichen Nahverkehr zukunftsfest machen. Der ÖPNV leidet unter besonders hohen Erneuerungs- und Modernisierungsbedarfen sowie Personalmangel und belastenden Arbeitsbedingungen. Der akute Investitionsstau liegt bei vier Milliarden Euro. Hinzu kommen notwendige Modernisierungsinvestitionen (z.B. Barrierefreiheit). Über einen Zeitraum von zehn Jahren müssten jährlich 1,4 Milliarden Euro zusätzlich investiert werden. Für eine erfolgreiche Klimapolitik ist zudem eine Verkehrswende erforderlich, die den Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr deutlich erhöht. ver.di fordert daher die Beförderungsleistung des öffentlichen Nahverkehrs bis 2030 zu verdoppeln. Dazu sind Investitionen in die Infrastruktur und zusätzliche Fahrzeuge von jährlich sieben Milliarden Euro erforderlich.

Des Weiteren fehlt dem ÖPNV das Personal. Um wieder den Beschäftigungsstand des Jahres 2000 zu erreichen, wären zusätzlich über 15.000 Beschäftigte erforderlich.

Eine Verdoppelung der Beförderungsleistung erfordert eine Aufstockung des Personals um rund 60 Prozent (gut 70.000 Beschäftigte).

Darüber hinaus fordert ver.di ein ganzheitliches Konzept für den Güterverkehr. Lieferketten müssen abgesichert, die intermodalen Verkehre gestärkt und emissionsarme Antriebstechnologien gefördert werden. Dies umfasst den Schutz der mobilen Beschäftigten, Investitionen in die europäischen Schienenwege sowie Forschung und Entwicklung ressourcenschonender und herstellerunabhängiger Transporttechnologien.

- **Energiewende**

ver.di will die Energiewende voranbringen. Deswegen fordern wir einen Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze. Zudem sind Investitionsanreize für KWK- und Steinkohleanlagen erforderlich, damit diese auf CO₂-arme bzw. -freie Techniken umgestellt werden können. Darüber hinaus sollten die Wärmenetze (Fernwärme und Nahwärme) modernisiert und ausgebaut werden. So kann die CO₂-Reduzierung im Gebäudebestand besser und schneller erreicht werden.

- **Erziehung, Bildung und Digitalisierung**

ver.di will, dass Kitas und Schulen saniert und ausgebaut werden. Das deutsche Bildungswesen ist unterfinanziert. Der Investitionsstau an Gebäuden beläuft sich bei Kitas auf 7,5 Milliarden Euro, bei Schulen auf 43 Milliarden Euro. Auch in den Hochschulen bestehen erhebliche Investitionsbedarfe. Jedes Jahr müssten fünf Milliarden Euro investiert werden, um die Investitionslücke zu schließen. In den Kitas fehlen über 100.000 Erzieherinnen und Erzieher. Für ein flächendeckendes Ganztagsangebot an den Schulen brauchen wir mindestens 10.000 sozialpädagogische Fachkräfte und 30.000 Lehrerinnen und Lehrer.

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass die digitale Ausstattung der Schulen verbessert werden muss. Zudem muss mehr in Medienbildung, digitale Lernangebote und in die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften investiert werden.

Auch über das Bildungswesen hinaus gibt es große Defizite in der digitalen Infrastruktur.

ver.di fordert daher höhere Investitionen in den Ausbau von Breitband und Mobilfunk. Allein für den Breitbandausbau müssten jedes Jahr vier Milliarden Euro investiert werden.

- **Kreativ- und Kulturwirtschaft**

Alle Bereiche der Kreativ- und Kulturwirtschaft sind von der Corona-Pandemie existentiell bedroht. Um die einzigartige kulturelle Infrastruktur zu retten, bedarf es eines Kulturinfrastrukturfonds sowie der Absicherung der Kulturschaffenden. Der Kulturinfrastrukturfonds sollte die verschiedenen künstlerischen Sparten und Handlungsfelder in den Blick nehmen und sich an Vereine, Einrichtungen, Unternehmen und Solo-Selbständige wie z.B. Künstlerinnen und Künstler richten. Ein solcher Fonds sollte bis Ende 2021 angelegt sein und mindestens 500 Millionen Euro umfassen, die über die bestehenden Strukturen in Bund und Ländern unter Einbeziehung der maßgeblichen Akteure verteilt werden. Durch die Investition wird ermöglicht, dass jetzt und in Zukunft Umsätze im Kultur- und Medienbereich erzielt werden können, die wiederum Aufträge und Beschäftigung schaffen.

3. Einkommen sichern

- **Kurzarbeitsgeld erhöhen**
 Das Kurzarbeitsgeld sollte sich für die Zeit der Krise für Bezieherinnen und Bezieher von Nettoeinkommen unter 2.500 Euro auf 90 Prozent bzw. 97 Prozent des letzten Nettoentgeltes belaufen. Für alle anderen Einkommen auf 80 Prozent bzw. 87 Prozent. Bei Azubis sollte eine Aufstockung auf 100 Prozent erfolgen.
- **Verlängerung ALG I**
 Der Zugang zum Arbeitslosengeld muss erleichtert werden. Die Vorversicherungszeit sollte auf zehn Monate abgesenkt werden. Die Rahmenfrist sollte auf drei Jahre erweitert werden. Der Bezug von Arbeitslosengeld soll auf 24 Monate verlängert werden. Ferner sollte ein Mindestarbeitslosengeld eingeführt werden, damit verhindert wird, dass Arbeitslose zu Grundsicherungsempfängern werden.
- **Verlängerung Insolvenzausfallgeld**
 Die Zahlung des Insolvenzausfallgeldes sollte von drei auf sechs Monate verlängert werden.
- **Höhere Grundsicherungsleistungen**
 Anhebung der Hartz-IV-Sätze. Durch den Anstieg der Lebensmittelpreise sind die Lebenshaltungskosten einkommensschwacher Haushalte kräftig gestiegen. Diese krisenbedingte Mehrbelastung sollte durch eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze kompensiert werden. Vorgeschlagen wird eine Erhöhung von 100 Euro für Erwachsene und 60 Euro für Kinder.
- **Studierende**
 Hunderttausende Studierende haben in der Krise ihren Job verloren. Da nur noch 13 Prozent der Studierenden BAföG erhalten und andere Sicherungssysteme ihnen nicht offenstehen, bedeutet das die Gefahr massenhafter Studienabbrüche. Daher muss der Zugang zum BAföG in der Krise radikal erleichtert werden. Freibeträge und Bedarfssätze müssen deutlich erhöht und die Hilfen als rückzahlungsfreier Zuschuss gewährt werden. Die vom Bund 2019 nicht verausgabten 617 Millionen Euro BAföG-Mittel müssen restlos an die Studierenden fließen.
- **Elterngeld/Pflegende Angehörige**
 Das Elterngeld läuft gemäß § 56 Infektionsschutzgesetz im Mai 2020 nach sechs Wochen aus. Die Bundesregierung muss gewährleisten, dass diese Verdienstaufschädigung für die Sorgeberechtigten solange gezahlt wird, wie weiterhin behördlich angeordnete Schließungen von Kitas oder Schulen bestehen. Eine entsprechende Lösung ist auch für pflegende Angehörige notwendig. Dabei ist sicherzustellen, dass die Zahlung der Verdienstaufschädigung zeitnah und unbürokratisch erfolgt – denn die Betroffenen sind darauf angewiesen. Außerdem muss das Niveau von 67 Prozent auf 80 Prozent erhöht werden.

4. Soziale Sicherungssysteme

Krisenbedingte Mehrausgaben der Sozialkassen sind durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt auszugleichen. Eine durch die Corona-Krise bedingte Steigerung von Sozialversicherungsbeiträgen wäre kontraproduktiv für die jetzt notwendige konjunkturelle Erholung.

5. Finanzierung

Das Konjunktur- und Investitionsprogramm ist über neue Schulden finanzierbar. Ein höheres Maß an Staatsverschuldung ist für Deutschland vertretbar und unter den jetzigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen auch notwendig.

Kreditfinanzierte öffentliche Investitionen steigern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Dynamik der Volkswirtschaft. Ein investierter Euro erhöht das Sozialprodukt um mehr als 1,5 Euro. Die einhergehenden Mehreinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben sowie geringeren Sozialtransfers führen zu nennenswerten Selbstfinanzierungseffekten. Gleichzeitig drücken niedrige Zinsen die Kreditfinanzierungskosten. Unsere Kinder und Enkelkinder erben so einen höheren öffentlichen Kapitalstock, moderne Schulen, Universitäten und Krankenhäuser.

6. Für ein solidarisches Europa

ver.di tritt für ein soziales und solidarisches Europa ein. Die Corona-Pandemie, der Klimawandel, die Flüchtlingsbewegungen oder die Regulierung der Finanzmärkte können auf europäischer besser als auf nationaler Ebene bewältigt werden. Europa hat das Potenzial, die Corona-Krise zu bewältigen, die Globalisierung sozial zu gestalten und den Raubbau am Planeten zu stoppen.

Die von der aktuellen Krise stark betroffenen Nationen brauchen finanzielle Spielräume, um ihre Wirtschaft wieder anzukurbeln. Die Einführung von zeitlich befristeten oder unbefristeten gemeinschaftlichen Anleihen – Corona-Bonds oder Eurobonds – würden eine günstige Finanzierung von nationalen Konjunkturprogrammen ermöglichen und wären zugleich ein wichtiger Schritt zu einem gemeinsamen solidarischen Europa

Notwendig ist ein europäischer Wiederaufbaufonds –ebenfalls finanziert durch gemeinsame Anleihen. Ein Europäisches Konjunkturprogramm nach Maßgabe der Pariser Klimaziele und des Europäischen Green Deal. Leitbild sollte die sozial-ökologische Transformation sein.